



JÜRGEN TRITTIM, MDB ★ LANGE GEISMARSTR. 73 ★ 37073 GÖTTINGEN

An die
Anti-Atom-Initiative Göttingen
An das
Anti-Atom-Plenum Göttingen

Eine Antwort
"Nicht in unserem Namen"

Liebe Freundinnen und Freunde,
sehr geehrte Damen und Herren,

Vielen Dank für Ihren Offenen Brief. Wenn ich die jetzige Beratungslage richtig einschätze, könnte ich wohl doch überwiegend in Ihrem Namen agieren. Denn von den 7 schwarz-gelben Gesetzen zur Energiewende werden wir Grünen – so sich daran nichts Entscheidendes ändert – eine Reihe am kommenden Donnerstag ablehnen. Diese Gesetze *„zementieren ... die Macht der großen Stromkonzerne und verhindern die notwendige Umkehr zu einer dezentralen Energieversorgung. Sie ermöglichen den Bau neuer Kohlekraftwerke und behindern die Entwicklung regenerativer Energieformen“*, wie Sie zutreffend schreiben. Deswegen sagen wir zu diesen Vorschlägen Nein.

Aber erschrecken Sie nicht. Ich möchte nicht in Ihrem Namen handeln. Ich hielte es für vermessen, wenn Parteien anfangen, Bewegungen für sich in Anspruch zu nehmen. Ebenfalls vermessen wäre es aber, wenn einzelne Teile der Anti-AKW-Bewegung für sich in Anspruch nehmen würden, wer ein Atomkraftgegner ist und wer nicht – sei es ein Umweltverband wie der NABU, der WWF oder eine Partei wie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Als Atomkraftgegner streite ich seit Jahren auf der Straße, im Parlament und in der Regierung für das Ende der Atomenergie. Dieser Kampf hatte vor zehn Jahren einen großen Erfolg, als es gelang, die damals unbefristeten Laufzeiten der deutschen Atomkraftwerke zu begrenzen. Aus dem Gesetz zur Förderung der Atomenergie wurde eines zu ihrer geordneten Beendigung. Der Ausstieg führte zur Stilllegung von drei Atomkraftwerken sowie in Verbindung mit dem Erneuerbaren Energien Gesetz zu einem weltweit beispiellosen Ausbau Erneuerbarer Energien.

Das war auch damals nicht unumstritten – bei den GRÜNEN nicht und in der Umweltbewegung nicht. In beiden gab es Befürworter und Gegner des damali-

BÜRO BERLIN

PLATZ DER REPUBLIK 1
11011 BERLIN

☎ +49 30 227-72247

☎ +49 30 227-76203

JUERGEN.TRITTIM@BUNDESTAG.DE

WAHLKREIS- UND REGIONALBÜRO

LANGE GEISMAR STR. 73
37073 GÖTTINGEN

☎ +49 551 531-60 90

☎ +49 5551 531-5460

JUERGEN.TRITTIM@WK.BUNDESTAG.DE

WWW.TRITTIM.DE

gen Kompromisses, aber niemand sprach sich gegenseitig das ernsthafte Anliegen ab, aussteigen zu wollen. Die Grünen entschieden sich auf zwei Parteitagen mit übergroßer Mehrheit für den Weg des schrittweisen Ausstiegs.

Dieser Ausstieg erlitt einen Rückschlag, als Schwarz-Gelb mit der Ankündigung einer Laufzeitverlängerung die Atomkraftwerksbetreiber dazu anstiftete, ihre Anlagen – jenseits von technischen Problemen – politisch zu betreiben und so die Stilllegung hinaus zu zögern. Wäre dies nicht eingetreten, würden wir im nächsten Jahr nicht über die Stilllegung von acht Altanlagen streiten, sieben weitere wären dann endgültig vom Netz.

Einen noch schwereren Rückschlag erlitt der Atomausstieg, als Schwarz-Gelb im letzten Jahr, im *Herbst der Entscheidungen* (Angela Merkel) eine Verlängerung der Laufzeiten durchsetzte. Die Deutschen Atomkraftwerke sollten nicht bis 2021, sondern weit hinaus über 2040 laufen.

Hier gegen haben wir gemeinsam demonstriert, in Gorleben, in Berlin und vielen anderen Städten. Als das Gesetz trotz unseres Widerstands beschlossen wurde, hat die GRÜNE Bundestagsfraktion dagegen vor dem Bundesverfassungsgericht geklagt, weil diese Entscheidung elementare Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger verletzt.

Nach der Katastrophe von Fukushima hat die GRÜNE Bundestagsfraktion **drei** Gesetzentwürfe eingebracht:

1. Rücknahme der Laufzeitverlängerung
2. Sofortige und endgültige Stilllegung der 7 ältesten Atomkraftwerke und Krümmel
3. Begrenzung der Laufzeiten auf 28 Kalenderjahre samt Ende der Zockerei mit den Strommengen, samt schrittweiser Stilllegung der Anlagen

Die Katastrophe von Fukushima, die Niederlage bei den Wahlen, insbesondere in Baden-Württemberg, und der anhaltende Protest der Anti-AKW-Bewegung von GRÜNEN wie der SPD haben Frau Merkel zu einer 180-Grad-Wende ihrer Atompolitik gezwungen. **Dies ist ein historischer Sieg all jener, die seit Jahrzehnten für den Ausstieg streiten.**

Am Donnerstag wird die Kapitulationsurkunde von Schwarz-Gelb im Bundestag unterschrieben – und ich bin gerne bei der notariellen Beglaubigung dabei:

1. Die Laufzeitverlängerung über 2040 hinaus wird zurückgenommen
2. Sofortige und endgültige Stilllegung der 7 ältesten Atomkraftwerke und Krümmel
3. Ende der Zockerei mit den Reststrommengen durch feste Abschaltzeiten für jedes Atomkraftwerk und Begrenzung des Betriebs auf das Jahr 2022.

Wenn von drei GRÜNEN Gesetzentwürfen zwei fast vollständig von der Regierung übernommen werden und von einem der Kern übernommen, aber ein 5 Jahre späterer Zeitraum gewählt wurde: Wer hat denn da wem was aufgezwungen? Ich sehe darin einen großen Erfolg für eine kleine Oppositionspartei und für eine starke Bewegung.

Wenn also am Donnerstag darüber abgestimmt wird,

- ↳ ob Atomkraftwerke bis über 2040 oder bis 2022 laufen dürfen, dann werde ich für 2022 und gegen 2040 stimmen
- ↳ ob die Hälfte der deutschen Atomkraftwerke, nämlich diejenigen, die keinen Schutz gegen einen Flugzeugabsturz haben, sofort und endgültig vom Netz gehen, dann werde ich für deren Stilllegung und gegen ihren Weiterbetrieb stimmen
- ↳ ob der Pannenreaktor Krümmel oder der Störfallkönig Brunsbüttel, ob das hochwassergefährdete AKW Unterweser vom Netz kommen, dann werde ich für ihre endgültige Abschaltung stimmen
- ↳ ob weiter mit Reststrommengen gezockt werden darf und es ein definiertes Ende für jedes Kraftwerk gibt, dann werde ich dafür stimmen.

Ich tue dies nicht im Namen von irgendjemand, sondern weil ich es mir persönlich als Atomkraftgegner schuldig bin, weil ich dafür im Bundestag gestritten habe und weil ich zusammen mit Hunderttausenden dafür demonstriert habe – und weil man im Parlament nichts anderes tun sollte, als man außerhalb fordert.

Damit ist der Kampf nicht beendet. Wir müssen die Absenkung der Sicherheitsstandards rückgängig machen, das von mir auf den Weg gebrachte *Kerntechnische Regelwerk* muss in Kraft gesetzt werden. Es muss endlich ein bundesweites Suchverfahren für ein Atommülllager auf gesetzlicher Grundlage geben. Der Schwarzbau in Gorleben muss gestoppt werden. Vor allem aber darf es keiner Ersetzung von Atom durch Kohle kommen. Es bedarf eines massiv forcierten Ausbaus Erneuerbarer Energien. Wir müssen Milliarden mobilisieren für Energieeinsparung und mehr Energieeffizienz. Solange das alles nicht gegeben ist, werden wir in der Energie- und Atompolitik keine Ruhe geben. Deshalb können wir dem größeren Teil des Gesetzespakets von Frau Merkel nicht zustimmen. Da aber, wo sie gezwungen ist, das zu tun, was wir alle von ihr gefordert haben, sollten wir beherzt Ja sagen.

Ich habe in der letzten Woche mit Evakuierten aus der verstrahlten Region von Fukushima gesprochen. Ich habe nicht nur Orte gesehen, zerstört vom Tsunami, sondern auch Fischer, die seit drei Monaten nicht mehr fischen dürfen. In Japan glaubt niemand mehr, dass Atomkraftwerke Versorgungssicherheit bringen. Stromausfälle mit Zugstreichungen sind dort an der Tagesordnung. Und dass eine Energie, die solche Schäden verursacht, preiswert ist, glaubt nach Fukushima auch niemand mehr.

Die Menschen in Japan schauen auf Deutschland, weil sie wissen wollen, wie ein Industrieland aussteigt. Und sie sehen uns als das Land, das Konsequenzen zieht aus ihrer Katastrophe. Deshalb müssen die acht ältesten AKWs vom Netz, deshalb muss die Laufzeitverlängerung zurück genommen werden. Deshalb muss es einen schrittweisen Ausstieg geben. Und deshalb muss es mehr Erneuerbare, mehr Effizienz und mehr Energieeinsparung geben.

Dafür stehen wir GRÜNEN.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Trittin